

Von: Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger **aus:** 40217

An: Die Parteien in den Landtagen **in:** Deutschland

Zeichnungsfrist bis: 15.09.2017

Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen und angesichts der soeben erfolgten Einführung des Schulfachs „Wirtschaft und Berufsorientierung“ in Baden-Württemberg bekräftigen wir unsere Forderung: Das Schulfach Wirtschaft muss in allen Bundesländern in allen Schulformen der Sekundarstufe I und II Pflichtfach werden.

Schüler und Schülerinnen haben ein Recht darauf, dass ökonomische Aspekte des Alltags ebenso wie zentrale Zusammenhänge der Wirtschaftspolitik in der Schule behandelt werden. Die Einführung eines eigenständigen, von ausgebildeten Lehrern unterrichteten, an didaktischen Kriterien und am Ziel des mündigen Bürgers ausgerichteten Pflichtschulfachs Wirtschaft ist hierfür unerlässlich.

Zur Begründung verweisen wir auf die Resolution „Pflichtschulfach Wirtschaft“, die ein integraler Bestandteil dieser Petition ist.

Begründung:

Resolution „Pflichtschulfach Wirtschaft“
Düsseldorf, den 9. November 2012

1. Der Mangel an ökonomischer Allgemeinbildung in der deutschen Bevölkerung ist alarmierend. Nahezu einmütig kommen Umfragen und Untersuchungen zum Ergebnis, dass es um die ökonomische Allgemeinbildung in der deutschen Bevölkerung schlecht bestellt ist. Indes erscheint gerade heute – angesichts von immer weiter ausgreifenden Wirtschaftskrisen, immer komplexeren Entscheidungen der Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik sowie angesichts wachsender Selbstverantwortung des Einzelnen, z.B. im Bereich der Altersvorsorge – ein hohes Maß an ökonomischer Allgemeinbildung wichtiger denn je. Ökonomische Bildung muss daher integraler Bestandteil der Allgemeinbildung sein.
2. In Ermangelung eines Pflichtschulfachs Wirtschaft verfehlen die Schulsysteme vieler Bundesländer systematisch ihren Bildungsauftrag. Die Ziele des staatlichen und privaten Bildungs- und Erziehungswesens sind in den Verfassungen der Bundesländer verbindlich festgeschrieben. Schüler und Schülerinnen sind demnach auf ihre persönliche berufliche Laufbahn vorzubereiten, zugleich aber auch zur Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung zu befähigen. Beides setzt Kenntnisse über ökonomische Zusammenhänge voraus, die nur durch ein eigenständiges, verpflichtend und durchgehend zu belegendes Schulfach Wirtschaft ausreichend vermittelt werden können. Dessen Einführung lässt jedoch vielerorts auf sich warten.
3. Gefordert wird die schnellstmögliche verbindliche Einführung eines Pflichtschulfachs Wirtschaft in allen Schulformen der Sekundarstufe I und II in allen Bundesländern. Wir begrüßen und anerkennen das Engagement einzelner Schulen und außerschulischer Organisationen, den dringend benötigten Wirtschaftsunterricht in Eigeninitiative zu ermöglichen und fehlende Ressourcen durch eigene Mittel zu ersetzen. Diese Initiativen, die in vielen Fällen Vorbildcharakter haben, können den gesetzlich geregelten Wirtschaftsunterricht gleichwohl nicht ersetzen. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland sind in der Verantwortung baldmöglichst die flächendeckende Einführung, hohe Qualität und inhaltliche Unabhängigkeit des Wirtschaftsunterrichts zu gewährleisten.
4. Ziel des obligatorischen schulischen Wirtschaftsunterrichts muss sein, dass grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge und ökonomische Denkweisen allgemein bekannt sind. Ob in der Rolle des Konsumenten, des Bürgers in seiner zusätzlichen Sicherungsvorsorge, des Arbeitnehmers, des Wählers oder in darüber hinausgehenden Führungstätigkeiten: Zum verantwortungsvollen Handeln im Alltag, wie auch zur demokratischen Teilhabe an der Gesellschaft, sind grundlegende Kenntnisse sowohl im Bereich der Betriebswirtschaft als auch im Bereich der Volkswirtschaft unerlässlich. Bildungsziele und Inhalte des Wirtschaftsunterrichts sind nach didaktischen Kategorien auszuwählen und zu begründen. Sie umfassen auch die



Berufsorientierung und eine didaktisch geleitete Einführung in die Arbeits- und Berufswelt durch Betriebserkundungen und Praktika.

5. Im Interesse aller Schülerinnen und Schüler und im Interesse Deutschlands als Bildungs- und Wirtschaftsstandort appellieren wir an alle Akteure der Bildungspolitik, gemeinsam auf die flächendeckende Einführung des Pflichtfachs Wirtschaft hinzuwirken. Bildung ist nach unserem Kulturverständnis ein Selbstzweck, dient aber zugleich auch dem Erwerb und der Erhaltung von Fähigkeiten, die zum Wohlstand und zum Fortschritt des einzelnen Menschen und der Gesellschaft insgesamt beitragen. Im Hinblick auf das verantwortungsvolle, selbstbestimmte Leben jedes Einzelnen, ebenso zur Sicherung und Weiterentwicklung Deutschlands als Bildungs- und Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb gilt: Die ökonomische Allgemeinbildung der Bevölkerung muss ein vorrangiges Ziel der Politik sein. Für die Umsetzung müssen ausgebildete Wirtschaftslehrer in der Schule zum Einsatz kommen.

01 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

02 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

03 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

04 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

05 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

06 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

07 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

08 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

09 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		

10 Vorname, Familienname		Straße, Nr.	
Postleitzahl, Wohnort		Datum, Unterschrift X	
Ich möchte per E-Mail informiert bleiben <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> JA	E-Mail		



Datenschutzerklärung: Ihre Daten werden ausschließlich zum Zweck dieser Petition verwendet. Die Angabe der E-Mail-Adresse ist freiwillig. Wenn Sie oben 'ja' angekreuzt haben, wird openPetition Sie über den Fortgang dieser und weiterer Petitionen informieren. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben und werden nach dem Ende dieser Petition oder auf Ihren Wunsch hin auch früher gelöscht.

Hinweis: Eintragung nur persönlich und handschriftlich. Nur einmal (entweder online oder handschriftlich) unterschreiben. Diese Liste **bis zum 15.09.2017** einscannen oder fotografieren und hochladen auf www.openpetition.de/ingang

bodvb e.V. • Florastr. 29 • 40217 Düsseldorf

ANTWORT

Bundesverband Deutscher Volks- und
Betriebswirte e.V.
Florastr. 29
40217 Düsseldorf

FAX +49 (0) 211 / 37 94 68